

# Gründung des „Bündnis Bildung für eine demokratische Gesellschaft“

11. Juni 2018, 12:00 bis 16:00 Uhr in Berlin

## Rede von Dr. Brigitte Mohn

### Hinweis: Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich außerordentlich, Sie hier im „Haus Unter den Linden“ begrüßen zu dürfen. Wir sind heute zusammengekommen, um gemeinsam das Bündnis „Bildung für eine demokratische Gesellschaft“ offiziell ins Leben zu rufen.

Dieses Bündnis ist in den letzten Monaten mit viel Engagement von der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGDe) vorbereitet worden. Anliegen dieser Initiative ist es, im Verbund starker Partner dafür Sorge zu tragen, dass die Förderung von Demokratie, zivilgesellschaftlichen Engagements und Partizipation endlich den Stellenwert in Bildungseinrichtungen bekommt, den dieses wichtige Thema verdient.

Dem Vorstand der DeGeDe – Herrn Blank, Frau Kahn, Herrn Rademacher, Herrn Steinl und Frau Weiß sowie dem Projektkoordinator Martin Nanzig – ist es gelungen, Sie alle von der Notwendigkeit einer konzertierten Aktion zu überzeugen. Auch unser Haus sieht den Handlungsbedarf.

Wir beobachten zurzeit, dass national wie international Demokratien unter Druck geraten. Antidemokratische Tendenzen haben derzeit auch in Deutschland Aufwind. Populismus, Misstrauen in die Leistungsfähigkeit des politischen Systems, eine Abkehr vom europäischen Gedanken und die zunehmende soziale Ungleichheit fordern unsere Gesellschaft heraus.

In den dynamischen Prozessen der Digitalisierung und der Globalisierung kann unsere Demokratie nicht stehen bleiben, sie muss sich weiterentwickeln. Und dies wird sie nur, wenn die junge Generation für die verantwortliche Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens gewonnen wird.

Dass wir hier in diesem Bereich mehr tun müssen als bisher, zeigen zwei aktuelle Studien aus dem Schulbereich. Beide Studien wurden in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Ein Bielefelder Didaktiker hat untersucht, in welchem Maße sich Schüler der Sekundarstufe I in NRW mit dem Thema Politik beschäftigen. Er kommt zu dem erschreckenden Ergebnis, dass nur wenig mehr als ein Prozent ihrer Lernzeit auf politische Themen entfallen. Rein rechnerisch haben sie je Woche 20 Sekunden Zeit, eine politische Position vorzutragen bzw. zu diskutieren.<sup>i</sup>

Da verwundert es nicht, dass politische Bildung bei den Schülern vom Ergebnis her betrachtet auch nur ungenügend ankommt. Hermann-Josef Abs hat vor kurzem Resultate einer internationalen Vergleichsstudie veröffentlicht. Er berichtet davon, dass die Schüler aus NRW im Bereich des politischen Wissens und Argumentierens weltweit nur im internationalen Mittelfeld liegen und im Vergleich zu teilnehmenden skandinavischen Ländern weit abgeschlagen sind.<sup>ii</sup>

Wir stehen also vor der Situation, dass unsere Demokratie durch ernste Problemlagen herausgefordert wird und wir gleichzeitig feststellen müssen, dass Demokratiebildung dennoch ein randständiges Thema ist.

Es ist aus meiner Sicht dringend an der Zeit, dieses Ungleichgewicht öffentlich sichtbar zu machen und mit Politik zu diskutieren, was geschehen muss, damit sich dies ändert. Hier sehe ich eine wichtige Aufgabe der künftigen Aktivitäten des Bündnisses „Bildung für eine demokratische Gesellschaft“. Aus meiner Sicht sind folgende Punkte inhaltlich prioritär:

- **Demokratiebildung muss als zentraler Bildungsauftrag für alle Pädagogen profiliert werden:** Wir alle müssen anerkennen, dass Kinder und Jugendliche Demokratie lernen müssen. Dies ist kein randständiges Thema, sondern zentraler Bildungsauftrag für Familien, Kindertagesstätten, Schulen und alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe. Gerade, weil immer mehr Familien dieser Aufgabe nicht gewachsen sind, muss Demokratiebildung selbstverständlicher Bestandteil des Handelns aller Pädagogen im Bereich frühkindlicher, schulischer und außerschulischer Bildung sein. Dieser Auftrag kann nicht an das Fach Politik delegiert werden, sondern muss vom Kind und Jugendlichen aus gedacht werden. Sie denken nicht in Fächern, sondern in lebensweltlichen Bezügen und jeden Tag verbringen sie einen großen Teil

ihrer Zeit in Bildungseinrichtungen. Sie erleben dort, wo sie demokratisch Einfluss nehmen können oder eben auch nicht.

- **Demokratie lernt man durch die Erfahrung von Demokratie.**

**Bildungseinrichtungen müssen sich deshalb für neue Lernformate öffnen:** Kinder und Jugendliche brauchen Erfahrungsräume, um Demokratie im Großen wie im Kleinen zu erproben. Es reicht nicht aus, Wissen über politische Prozesse zu vermitteln. Das ist sicher auch wichtig, aber nicht hinreichend. Um demokratisch handeln zu können, benötigen junge Menschen ganz bestimmt Orientierungswissen darüber, was in ihrem Umfeld, in ihrer Kommune, ihrem Land und der Welt passiert. Sie benötigen aber auch eine emotionale Basis und eine Identifikation mit demokratischen Werten wie Solidarität, Gerechtigkeit, Friedfertigkeit und Toleranz. Demokratiebildung bezieht sich auf den ganzen Menschen und muss sensibel sein für das Leben von demokratischen Werten im alltäglichen Miteinander. Sie muss Möglichkeiten aufzeigen, wie man in Gruppen gemeinsam Anliegen besser voranbringen kann und sie muss für die Chancen der Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform werben – und gleichzeitig aufzeigen, dass die Demokratie stets fortentwickelt und erneuert werden muss.

- **Demokratiebildung muss früh beginnen:** Wir wissen, dass schon junge Kinder die Verteilung von Teilhabechancen, Macht und Ressourcen in der Gesellschaft wahrnehmen. Sie bauen erste Vorstellungen über ihre gesellschaftliche und politische Umwelt auf, setzen sich mit Themen wie Ungerechtigkeit, Krieg, Hunger oder der Gleichberechtigung der Geschlechter auseinander. Sie beginnen zu verstehen und machen sich ein Bild davon, was eine „gute Gesellschaft“ auszeichnet. Engagement- und Demokratiebildung muss schon im Elementarbereich beginnen und sich konsequent an der Bildungsbiographie der jungen Menschen ausrichten. Dass schon die Kleinsten in Kinderräten als Delegierte ihrer Gruppen souverän mit demokratischen Spielregeln umgehen, haben wir in unserem Projekt „jungbewegt“ vielfach erfahren.

Letztlich geht es bei den gerade genannten Punkten um eine pädagogische Rückbesinnung auf ein ganzheitliches Bildungsverständnis. M.E. haben wir in den letzten Jahren die Priorität zu sehr auf die Vermittlung von überprüfbarem Wissen gelegt. Hier brauchen wir eine Umorientierung. Um Demokratiebildung als zentrales Bildungsziel zu verankern, brauchen wir bessere Rahmenbedingungen für Bildungseinrichtungen und ihre Pädagogen. Als Bertelsmann Stiftung unterstützen wir das Bündnis, insbesondere auch, um daran mitzuarbeiten, dass solche Rahmenbedingungen entstehen.

Eine Schlüsselrolle dazu liegt ganz sicher darin, Demokratiebildung zu einem zentralen Thema in Aus-, Fort- und Weiterbildung zu machen. Um dies zu erreichen, müssen wir noch dicke Bretter bohren und auch öffentliche Aufmerksamkeit für diesen Reformbedarf schaffen. Hier kann das Bündnis „Bildung für die demokratische Gesellschaft“ einen echten Mehrwert generieren und Bewusstsein dafür schaffen, dass Demokratiebildung unverzichtbar ist. Das Bündnis bietet die Chance, das Thema ganz oben auf die Agenda der Bildungspolitik zu setzen.

Ich würde mir sehr wünschen, dass wir im Abstand von fünf bis zehn Jahren sagen können, dass das Bündnis dieses Ziel erreicht hat. Keiner der Unterzeichner wird dieses Ziel allein erreichen können, aber gemeinsam haben wir Möglichkeiten dazu. Lassen Sie uns diese Aufgabe mit viel Optimismus und klugen Strategien angehen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

---

<sup>i</sup> Hedtke, Reinhold, und Mahir Gökbudak. 17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit. Daten zum Politikunterricht in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Februar 2018. Download unter: <https://pub.uni-bielefeld.de/publication/2915174>

<sup>ii</sup> Abs, Hermann Josef, und Katrin Hahn-Laudenberg (Hrsg.). Das politische Mindset von 14-Jährigen: Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Münster 2017. Schüler in Dänemark, Schweden, Finnland und Norwegen erreichen mit Stufe III das höchste Kompetenzniveau, Deutschland liegt bei der Vergabe der Kompetenzpunkte nur auf Stufe II und auf dieser Stufe wiederum im Mittelfeld. Download unter: <https://www.uni-due.de/iccs/Pressemappe-ICCS2016.pdf> Hinweis: Die KMK-Konferenz hat eine Teilnahme an der ICCS abgelehnt, nur NRW konnte für eine Teilnahme gewonnen werden.